

Nr. 19/283

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wegfall der Entflechtungsmittel für Verkehr und Hochschulbau nach 2019
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. März 2016
(Drucksache [19/321](#))
2. Entwicklungsmöglichkeiten in der Arbeit mit delinquenten Jugendlichen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. März 2016
(Drucksache [19/328](#))

Nr. 19/284

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aktuelle Stunde über folgende Themen durch:

1. auf Antrag der Abgeordneten Christian Schäfer, Piet Leidreiter und Gruppe ALFA:
„Teilnahme des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an einer Veranstaltung der ‚Islamischen Föderation Bremen‘ (IFB), dem hiesigen Regionalverband, der vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachteten ‚Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş‘ (IGMG), am Ostersonntag in Bremen – Neufassung des Antrags vom 31. März 2016“;
2. auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU:
„Massenhaften Sozialversicherungsbetrug in Bremerhaven lückenlos aufklären – Schaden für die öffentlichen Haushalte minimieren“.

Nr. 19/285

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 18. April 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Neufassung der Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten
Mitteilung des Senats vom 1. März 2016
(Drucksache [19/312](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Neufassung der Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten zu.

2. Wahl von Vertrauensleuten für den Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen am Finanzgericht
Mitteilung des Senats vom 1. März 2016
(Drucksache [19/313](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Vertrauensleute und Vertreterinnen/Vertreter des Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen am Finanzgericht:

Brkic, Nada	Stellvertreter: Schöne, Knut
Melinkat, Brigitte	Stellvertreter: Schattauer, Volker
Milch, Astrid	Stellvertreterin: Eiben, Jutta
Müller-Warsewa, Marianne	Stellvertreter: Kulmann, Christoph
Restat, Jan	Stellvertreterin: Möller, Stefanie
Ritschel, Marcus	Stellvertreter: Klepatz, Jan
Toense, Andrea	Stellvertreter: Töben, Martin

3. Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung
Mitteilung des Senats vom 8. März 2016
(Drucksache [19/325](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

4. 38. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 11. März 2016
(Drucksache [19/330](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 38. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

5. 10. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 11. März 2016
(Drucksache [19/331](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 10. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

6. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds im Stiftungsrat des Deutschen Schifffahrtsmuseums
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sülmez D o g a n

 anstelle des Abgeordneten Turhal Özdal zum stellvertretenden Mitglied im Stiftungsrat des Deutschen Schifffahrtsmuseums.

Nr. 19/286

Majestätsbeleidigung als Straftatbestand abschaffen – Kein Sonderstatus für Staatsoberhäupter!

Antrag der Fraktionen der FDP und DIE LINKE
vom 19. April 2016
(Neufassung der Drucksache [19/379](#) vom 13. April 2016)
(Drucksache [19/396](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich kurzfristig bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Genehmigungen der Strafverfolgung nach § 103 StGB, die gemäß § 104a StGB von der Bundesregierung erteilt werden müssen, generell nicht erteilt werden;

2. eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung von § 103 StGB (Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten) einzuleiten;
3. im Hinblick auf die Debatte um die Beleidigung von Staatsoberhäuptern bei der Bundesregierung die Prüfung der Notwendigkeit von § 90 StGB anzuregen;
4. sich weiterhin für die Presse-, Meinungs- und Kunstfreiheit einzusetzen.

Nr. 19/287

Bremerhavener Rohrniederung unter Naturschutz stellen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. Dezember 2015
(Drucksache [19/192](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Rohrniederung Bremerhaven in den Grenzen des Landschaftsschutzgebiets unter Naturschutz zu stellen,
2. das restliche Gebiet der Rohrniederung vor Bebauung zu schützen.

Nr. 19/288

Bundesjugendspiele erhalten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Dezember 2015
(Drucksache [19/221](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/289

Freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen nur mit Tarifbindung – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. April 2016
(Neufassung der Drucksache [19/191](#) vom 2. Dezember 2015)
(Drucksache [19/382](#))
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 12. April 2016

(Drucksache [19/371](#))

Der Änderungsantrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/290

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe

Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. November 2015
(Drucksache [19/140](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 19/291

Wertgrenzen zur freihändigen und beschränkten Vergabe anheben Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Januar 2016
(Drucksache [19/244](#))
2. Lesung

Der Antrag ist durch die Drucksache 19/382 erledigt.

Nr. 19/292

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe Wertgrenzen zur freihändigen und beschränkten Vergabe anheben

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 11. März 2016
(Drucksache [19/338](#))
2. Lesung

Der Gesetzesantrag ist durch die Drucksache 19/382 erledigt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Nr. 19/293

Spielräume nutzen für neue Wege in der Cannabispolitik

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. März 2016
(Drucksache [19/340](#))

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die zügige Evaluation der aktuellen Drogenpolitik einzusetzen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse an der Gestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen mitzuwirken, die Eigenverantwortung, Jugendschutz und Prävention und nicht Repression oder moralisierender Prohibition dienen.

1. Der Senat wird aufgefordert, die Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich Drogenprävention, etwa beim Gesundheitsamt oder bei den freien Trägern der Drogenhilfe, auf diese Zielrichtung hin zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Hierbei soll auch geklärt werden, inwieweit Jugendliche von bestehenden Angeboten, z. B. der Aufklärung in Schulen über die Risiken von Drogenkonsum, erreicht werden und welche Veränderungen es geben sollte. Wichtig ist dabei, dass Cannabis nicht als harmlose Droge bagatellisiert wird. Berücksichtigt werden soll auch, dass Cannabiskonsum bereits bei Kindern stattfindet – die Aufklärung und Prävention sollte spätestens im frühen Teenageralter beginnen und muss zudem die Eltern mit einbeziehen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alle Möglichkeiten für eine liberale Handhabung des Cannabiskonsums von Erwachsenen auf Landesebene auszuschöpfen. Konsequenter Jugendschutz und Prävention sind für eine verantwortungsbewusste Drogenpolitik unverzichtbar.
3. Insbesondere ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass
 - a) bei erwachsenen Beschuldigten, die mit Cannabis in geringen Mengen und zum Eigenverbrauch umgehen, ohne dass Anhaltspunkte für Handelstreiben bestehen, in der Regel von der Strafverfolgung abgesehen wird, sofern nicht eine Fremdgefährdung besonders schutzwürdiger Personen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, gegeben ist;

- b) eine geringe Menge von Cannabis entsprechend der bundesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung und an der Handhabung der anderen Bundesländer orientiert definiert wird;
 - c) der Entzug der Fahrerlaubnis entsprechend der Regelungen zum Alkoholkonsum in der Regel auf Personen beschränkt bleibt, die unter Einfluss von Cannabis ein Fahrzeug geführt haben, um zu verhindern, dass die Fahrerlaubnis und damit verbunden unter Umständen der Arbeitsplatz verloren geht, ohne dass eine Gefährdung des Straßenverkehrs gegeben war;
 - d) beim Eigenanbau von Cannabis allein für den Eigenbedarf unter Berücksichtigung der Unterschiede von lebenden Pflanzen zu getrocknetem Cannabis die gleichen Grundsätze gelten, wenn der Zugang von Kindern und Jugendlichen zu diesem Cannabis ausgeschlossen ist.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept für die Durchführung eines wissenschaftlich begleiteten Modellprojekts zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu erarbeiten und eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu starten, im Betäubungsmittelgesetz die gesetzlichen Grundlagen für derartige Modellprojekte zu schaffen. In dem Konzept soll u. a. dargelegt werden, welche Mehreinnahmen durch eine kontrollierte Abgabe zu erwarten sind, die dann u. a. in den Ausbau von Präventions- und Beratungskonzepten für die Suchtvermeidung und -bekämpfung investiert werden sollten.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, inwieweit Möglichkeiten zu schaffen sind, dass Konsumentinnen und Konsumenten eine Substanzanalyse des von ihnen verwendeten Cannabis durchführen lassen, um sie vor besonders gesundheitsschädlichen Inhaltsstoffen und Verunreinigungen zu schützen und über die spezifischen Gefahren der verschiedenen Cannabinoide aufzuklären.

Nr. 19/294

Studiengänge für akademisch qualifizierte Soziale Arbeit und Pädagogik ausbauen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 4. März 2016
(Drucksache [19/318](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/295

Beiräte stärken, Planungssicherheit und öffentliche Akzeptanz von Asylsuchenden erhöhen!

Antrag der ALFA-Gruppe
vom 22. Dezember 2015
(Drucksache [19/227](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/296

Ganztagsschulangebote auch auf Flüchtlingskinder ausrichten

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Januar 2016
(Drucksache [19/245](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum Ende des zweiten Quartals 2016 ein Konzept vorzulegen, wie den besonderen Bedürfnissen und Integrationserfordernissen einer stark angestiegenen und aller Voraussicht nach auch künftig wachsenden Zahl von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in bestehenden und künftigen Ganztagsschulangeboten Rechnung getragen werden kann, welche konkreten Maßnahmen daraus folgen und welche zusätzlichen Ressourcen gegebenenfalls hierfür benötigt werden.

